



## Kern: Grün-Schwarz soll Petition als Hilferuf ernst nehmen

Zur Forderung der Petition „G9 jetzt!“ nach einer Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium sagte der bildungspolitische Sprecher der FDP/DVP-Landtagsfraktion, **Dr. Timm Kern:**

„Ein fauler Kompromiss zwischen Grünen und SPD in der ehemaligen Landesregierung ließ es zu, dass ein Gymnasium pro Landkreis zu G9 zurückkehrte. Obwohl sich hierdurch erhebliche Gerechtigkeitsfragen stellten und mancherorts sogar die raren G9-Plätze verlost werden mussten, entschied sich die aktuelle grün-schwarze Landesregierung, diesen so genannten ‚Schulversuch G9‘ zu verlängern. Mit anderen Worten: Die Regierung Kretschmann II zeigt sich ein weiteres Mal unfähig, den von der Regierung Kretschmann I angerichteten Schaden im Bildungsbereich zu reparieren. Hierfür spricht auch, dass die CDU-Kultusministerin Dr. Eisenmann einen Vorschlag der FDP/DVP Fraktion für einen Ausweg aus dem baden-württembergischen G8/G9-Schlamassel bislang ebenso ablehnt wie ihr SPD-Vorgänger Stoch. Wir fordern die Kultusministerin und ihre Koalition auf, die Petition als Hilferuf ernst zu nehmen und den Vorschlag der FDP/DVP nun doch zu prüfen. Dabei steht die FDP/DVP Fraktion nach wie vor zu G8 und lehnt eine allgemeine Rückkehr zum neunjährigen, allgemeinbildenden Gymnasium ab. Die Beruflichen Gymnasien als abgestimmter Anschluss an die Mittlere Reife bilden für uns die reguläre neunjährige Alternative zum achtjährigen Gymnasium. Unser Vorschlag versteht sich als Ausweg aus der verfahrenen Situation. Alle Gymnasien sollten, im Verhältnis zur jeweiligen Schülerzahl, die gleiche Personalausstattung erhalten. Parallel dazu bestünde die Möglichkeit, neben dem Standardweg eines Abiturs in acht Jahren einen neunjährigen Bildungsgang anzubieten – zum Beispiel für Schülerinnen und Schüler, die sich intensiv ihren Talenten und Interessen in Musik, Sport oder dem Ehrenamt widmen wollen. Den mit zwölf zusätzlichen Lehrerwochenstunden privilegierten ‚Schulversuch‘ G9 wollen wir beenden bzw. auslaufen lassen, damit jedem Gymnasium dieselbe Zahl an Lehrerwochenstunden zur Verfügung steht. Und sollte allgemein feststehen, dass die derzeitigen 194 Wochenstunden nicht ausreichen, setzen wir Freie Demokraten uns für eine Erhöhung dieses Budgets im finanzierbaren Rahmen beispielsweise im Zusammenhang mit einer Ganztagskonzeption ein – aber bitte für alle Gymnasien gleichermaßen.“